



Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

30. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Ingrid Fitzek (GRÜNE)

Stenograph: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2229 und 12/2287

1

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung

hier: Wissenschaft und Forschung

Der Ausschuß berät den den Wissenschaft und Forschung betreffenden Teil des Einzelplans 05 unter den auf der Folgeseite aufgeführten Stichworten:

- Haushalt/Nachtragshaushalt
- Sofortprogramm der LRK vom 8.12.97
- Institut für Mobil- und Satellitenfunktechnik
- Steigerung der Qualität in Lehre und Forschung
- Weg in die Selbständigkeit der Studierenden
- Einsatz neuer Medien
- Universität Köln - Zentrum für Biowissenschaften
- Kulturwissenschaftlicher Forschungspreis
- HSP III - Lise-Meitner-Programm, Netzwerk Frauenforschung, Wiedereinstiegsstipendien
- Strukturinstitute
- Flexibilität im Rahmen der Finanzautonomie

2 Stellensituation an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen

- a) Situation im Bereich der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter

Vorlage 12/2195

- b) Mittelbau

hier: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1061
Drucksache 12/3201

5

Der Ausschuß führt zunächst eine Verfahrensdiskussion aufgrund der Absage seitens der von der Vorsitzenden zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladenen Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen beziehungsweise der Arbeitsgemeinschaft der Kanzler der Fachhochschulen. Der Konflikt um die Auslegung des Artikels 45 der Landesverfassung in Kombination mit § 31 der Geschäftsordnung soll in entsprechenden parlamentarischen Gremien geklärt werden. - Ministerin Behler gibt im Anschluß daran einen kurzen Sachstandsbericht.

3 Ja zu den Chancen der Bio- und Gentechnologie besonders in der Medizin

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3137
Information 12/633

- zur Mitberatung -

10

Der Ausschuß kommt nach Darstellung der Positionen der Fraktionen zu diesem Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion überein, dem federführenden Ausschuß zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

4 Situation an den Universitätskliniken Düsseldorf

(siehe Anlage)

13

Der in der Anlage abgedruckte Fragenkatalog der CDU-Fraktion ist zunächst Gegenstand einer kontroversen Verfahrensdiskussion. - Im Anschluß daran gibt Ministerin Behler eine aktuelle Situationsbeschreibung über die wirtschaftliche Lage und die Auswirkungen der Stellensperre an den Universitätskliniken Düsseldorf. Dem schließt sich eine Aussprache an.

5 Agenda 21 NRW - Bündnis für Umwelt, Innovation und Beschäftigung

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3277

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung kommt ohne Sachdebatte nach kurzer Aussprache einvernehmlich überein, in der Annahme, daß der federführende Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung zu einer von allen Fraktionen getragenen, gemeinsamen Regelung in dieser Angelegenheit findet, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Manfred Kuhmichel (CDU)**, die Ausschußsitzung öffentlich abzuhalten, und verweist unter anderem auf eine frühere Äußerung der Vorsitzenden, sich, wo immer es möglich sei, dafür ebenfalls einzusetzen. - **Dietrich Kessel (SPD)** lehnt für seine Fraktion den Antrag mit der Begründung ab, daß er eine öffentliche Sitzung angesichts eines auf der Tagesordnung stehenden Punktes bezüglich eines Klinikums nicht für geeignet halte. - Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei einer Enthaltung der GRÜNEN-Fraktion ab.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2229 und 12/2287

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung**

hier: Wissenschaft und Forschung

Vorsitzende Ingrid Fitzek schlägt zum Verfahren der heute anstehenden Detailberatung vor, nicht - wie in früheren Jahren üblich - kapitelweise zu verfahren, sondern bittet die Fraktionen, ihre Fragen unter Angabe von Kapitel und Titel zu stellen.

Außerdem weist sie darauf hin, daß die Antrags- und Abstimmungssitzung zum Haushalt 1999 am 26. November stattfinden werde; Anträge sollten wie üblich rechtzeitig untereinander ausgetauscht werden, damit sich die Fraktionen auf die Antragsitzung entsprechend vorbereiten könnten.

Manfred Kuhmichel (CDU) kündigt zwei allgemeine Fragen und eine spezielle an und zitiert zunächst eine in Münster getroffene Aussage der Ministerin:

"Die Phase des Ausbaus der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ist abgeschlossen. Die zukünftigen Aufgaben müssen sich einer aufmerksamen Analyse der vorhandenen Strukturen, einer sinnvollen Sanierung und Optimierung des Erreichten sowie einer nachhaltigen Sicherung und Steigerung der Qualität widmen."

Diese sicherlich perspektivischen Aussagen könnten aber auch nicht die finanziellen Möglichkeiten des Landes außer acht lassen. Daher wolle er wissen, wie die Ministerin den jetzt zur Rede stehenden Haushaltsentwurf für 1999 vor dem Hintergrund dieser Äußerungen bewerte,

ob dieser Entwurf das schon in dem erforderlichen Maße berücksichtige oder ob in möglicherweise nachfolgenden Haushalten, etwa Nachtragshaushalten, noch einiges Zusätzliche zu erwarten sei.

Zweitens erinnert der Abgeordnete an die massiven Studentenproteste vor einem Jahr, in deren Zusammenhang viele Wünsche gegenüber den Abgeordneten nach notwendigen Veränderungen im Haushalt gerichtet worden seien. Am 8. Dezember 1997 habe etwa die Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen an das Land NRW den dringenden Appell gerichtet, ein Sofortprogramm zu beschließen, das zumindest die gegenwärtigen Behinderungen von Forschung und Lehre mildere, und die 12monatige Stellenbesetzungssperre zur kurzfristigen Verbesserung der Studienbedingungen aufzuheben, die Hochschulen von globalen Minderausgaben und Haushaltssperren freizustellen und die geplanten Stellenstreichungen kw-Stellen zurückzunehmen. Er wolle wissen, inwieweit der vorliegende Haushalt für das Jahr 1999 geeignet sei, diesen Forderungen vom Dezember 1997 zu entsprechen.

Schließlich geht der Abgeordnete auf die Finanzierung des Instituts für Mobil- und Satellitenfunktechnik an der Universität - Gesamthochschule Duisburg und zitiert aus einem Brief der Ministerin vom 29. August 1998 an den Institutsleiter, in dem geäußert werde, daß das Potential des Instituts im Interesse von Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben müsse. Vor diesem Hintergrund bitte er um Antwort auf die Frage, ob die nun im Haushalt bereitgestellte Mittelausstattung geeignet sei, diesem Projekt in Duisburg die erforderliche Rückendeckung von seiten des Landes zu geben.

Ministerin Gabriele Behler gibt zum ersten Punkt zur Antwort, den Entwurf zum Haushalt 1999 habe sie bereits bei der Einbringung im Ausschuß umfassend gewürdigt. Dem wolle sie nichts hinzufügen.

Zum zweiten Punkt merkt die Ministerin an, Forderungen an die Landesregierung würden von vielen Stellen an vielen Punkten und zu allen Politikfeldern erhoben. Was die Konkretion dieser Forderungen betreffe, müsse man sich dann die entsprechenden Positionen im Haushalt anschauen. Sie verweise diesbezüglich auf ihren ersten Punkt.

Das, was Herr Kuhmichel zuletzt gefragt habe, beziehe sich auf den Haushaltvollzug und nicht auf den Haushaltsplan. Heute werde letzteres beraten.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) erinnert daran, daß nach den Worten des Staatssekretärs Dr. Lieb in der letzten Sitzung der Gesamthaushalt um 1,9 % und der Haushalt für Wissenschaft und Forschung um 1,8 % steigen werde. Vor dem Hintergrund, daß ein Großteil dieser Steigerung für die Steigerung des Personalhaushaltes um 3 % in Anspruch genommen werde, wolle er gern wissen, inwieweit es möglich sei, folgenden Aussagen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 17.06. nachzukommen, beispielsweise die Qualität in Lehre und Forschung durch Evaluation, Leistungsanreize und Zielvereinbarungen zu steigern, den Studierenden an den Hochschulen stärker den Weg in die Selbständigkeit zu ebnen und

an Schulen, Hochschulen sowie öffentlichen Bibliotheken den Einsatz neuer Medien zu verbessern.

Ministerin Gabriele Behler antwortet, der Ministerpräsident habe deutlich gemacht, daß sich nicht die Frage stelle, wie mehr Geld für Reformen zur Verfügung gestellt werden könnten, sondern daß es um mehr Reformen fürs Geld gehe. Die Frage nach Zielvereinbarungen und die Frage der Evaluation seien nicht Gegenstand eines Haushaltsentwurfs einer Landesregierung. Im Haushaltsentwurf des Einzelplans 05 fänden sich titelscharfe Positionen, die aber nicht die Hochschulpolitik insgesamt erschöpften.

Sollte sich hinter der gestellten Frage die Auffassung verbergen, daß Qualitätsentwicklung nur dadurch erreicht werden könne, daß mehr Geld zur Verfügung stehe, müsse sie diese Aussage aus voller Überzeugung zurückweisen. Sie sei in der Tat der Meinung, daß man bei dem enorm hohen Anteil von Bildung, Wissenschaft und Forschung im Landeshaushalt zu Optimierungen kommen könne und müsse. Das schlicht an der Frage von Zuwächsen zu messen, griffe angesichts des Standes, der inzwischen erreicht worden sei, erheblich zu kurz.

Marie-Theres Ley (Köln) (CDU) möchte wissen, ob bei Titel 717 00 bezüglich des Zentrums für Biowissenschaften an der Universität Köln auch Planungsmittel eingesetzt seien, wie weit die Freistellung von Ersatzflächen fortgeschritten sei und wie viele Bauabschnitte es geben werde.

MDgt Dr. Fleischer (MWF) antwortet, bei dem Zentrum für Biowissenschaften gehe es um ein Vorhaben von rund 160 Millionen DM. Ein erster Bauabschnitt sei vom Finanzminister genehmigt und werde geplant. Bei dem von der Abgeordneten zitierten Titel für den ersten Abschnitt - Genetik - seien Mittel für weitere Vorarbeitskosten angesetzt. In den nächsten Jahren würden weitere Bauabschnitte folgen. Dazu könne er noch keine exakten Zeiten nennen; das hänge auch mit der Bundesfinanzierung zusammen.

Mit "Ersatzflächen" meine die Abgeordnete wohl den Zusammenhang zu dem Rechenzentrum. Es sei vorgesehen, das Gebäude, das die Genetik freimache, für das Rechenzentrum umgerüstet werden solle.

Hubert Schulte (Menden) (CDU) geht auf einen Artikel der "Frankfurter Allgemeinen" vom 27.10.98 ein, wonach Ministerpräsident Clement einen kulturwissenschaftlichen Forschungspreis geschaffen habe, der mit einer Million DM dotiert sei und 1999 erstmalig verliehen werden solle, und bittet um Auskunft, wo dieser haushaltsrechtlich veranschlagt sei. - **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** vermag die Frage nicht zu beantworten, da das KWI im Haushalt der Staatskanzlei etatisiert sei.

Vorsitzende Ingrid Fitzek bezieht ihre erste Frage auf das Hochschulsonderprogramm III. Im Erläuterungsband werde darauf hingewiesen, daß im Haushalt 1999 das Lise-Meitner-Programm, das Netzwerk Frauenforschung und die Wiedereinstiegsstipendien finanziert werden sollten, allerdings sei aus dem Haushalt nicht konkret ersichtlich, mit welcher Summe diese Positionen veranschlagt seien. Sie bitte diesbezüglich um Auskunft über die Höhe der Barmittel und der Verpflichtungsermächtigungen.

Hinsichtlich der neun von insgesamt 16 Strukturinstituten, die seitens des Wissenschaftsministeriums betreut würden, wolle sie wissen, in welchem Kapitel beziehungsweise Einzelplan diese haushaltstechnisch veranschlagt seien.

MDgt Kleffner (MWF) antwortet, bei den von der Vorsitzenden angesprochenen drei Projekten werde der gleiche Betrag in Höhe von aufgerundet 9,7 Millionen DM wie im vorherigen Haushalt eingestellt; diese Projekte seien Bestandteil des Hochschulsonderprogramms III. Es gebe in diesem Falle keine Verpflichtungsermächtigung, da es sich um ein Mehrjahresprogramm von Bund und Ländern bis zum Jahre 2000 handele.

MDgt Mattonet (MWF) antwortet zur Frage nach den Strukturinstituten, soweit die Mittel aus dem Handlungsrahmen Förderung der Kohleregionen stammten, seien sie im Haushaltsplan des Wirtschaftsministers etatisiert gewesen. Soweit sie aus den Mitteln des Strukturhilfegesetzes finanziert worden seien, seien sie beim Wissenschaftsministerium in Kapitel 05 021 veranschlagt gewesen. Dieses Kapitel existiere weiterhin; allerdings befänden sich dort überall Strichansätze, weil diese Maßnahmen abgeschlossen seien. Die Zuschüsse für die projektbezogene Finanzierung würden aus Titelgruppe 66 gewährt.

Rudolf Henke (CDU) bezieht sich auf die Einbringungsrede der Ministerin, laut der Mehrausgaben im Sachkostenbereich und Mehrausgaben bei den Investitionen durch Minderungen bei den Personalansätzen und auch durch Mittel aus der einprozentigen Rücklage des vorhergehenden Jahres kompensiert worden seien. Wenn dies dann kommentiert werde mit dem Satz, hier müsse mehr Flexibilität erreicht werden, und heute gesagt worden sei, mehr Qualität für das gleiche Geld sei notwendig, aber auf der anderen Seite den Hochschulen attestiert werde, daß sie Flexibilität im Rahmen der Finanzautonomie bereits verwirklicht hätten, dann sei zu fragen, wie man noch mehr Flexibilität erreichen wolle.

Ministerin Gabriele Behler antwortet, auf Sicht wünsche sie sich Globalhaushalte, die weit über das, was bisher existiere, hinausgingen. Sie wolle sie sich auch hier nicht wiederholen. - **Rudolf Henke (CDU)** bittet die Ministerin höflichst um Auskunft darüber, was denn der Begriff "auf Sicht" bedeute. - **Ministerin Gabriele Behler** meint, sie sei gern am geeigneten Ort und zum geeigneten Zeitpunkt und unter der richtigen Überschrift dazu bereit, hochschulpolitische Vorstellungen mit dem Ausschuß zu diskutieren. "Auf Sicht" bedeute für sie ein Zeitraum unterhalb von fünf Jahren.

Fragenkatalog der CDU-Landtagsfraktion zum Thema "Situation an den Universitätskliniken Düsseldorf" zur Vorbereitung der Beratungen in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung am 29.10.1998

01. In welcher Weise hat das Ministerium für Wissenschaft und Forschung von der Fachaufsicht über die Haushalts- und Wirtschaftsangelegenheiten der Unikliniken Düsseldorf, ihre Personalvertretung und die Krankenversorgung Gebrauch gemacht?
02. Wann wurden welche Weisungen erteilt?
03. Wurde die Hochschule zuvor von beabsichtigten Weisungen informiert?
04. Wie hat sich die Hochschule zu den beabsichtigten Weisungen geäußert?
05. Welche Wirkungen haben die bislang erteilten Weisungen gezeigt?
06. Warum haben die bislang erteilten Weisungen nicht den gewünschten Erfolg herbeigeführt?
07. Wie hat sich das Ministerium für Wissenschaft und Forschung unterrichten lassen?
08. Wurden die Grundsätze der pflichtgemäßen Ermessensausübung, des Gleichheitsgrundsatzes und des Prinzips der Verhältnismäßigkeit gewahrt?
09. Haben die Kassen gegen Rechtsgrundsätze verstoßen (Rechtsaufsicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales)?
10. In welchem Zeitraum soll die Stellensperre greifen und welche Ergebnisse soll sie herbeiführen?
11. Wie viele Stellen sind aufgrund des Erlasses vom 24.08.1998 nicht besetzt worden?
12. Konnten aufgrund des Erlasses Abgänger der Krankenpflegeschule nicht eingestellt werden?
13. Lassen sich Einschränkungen der Patientenversorgung aufgrund der Stellen-

- sperre zuverlässig ausschließen?
14. Trifft es zu, daß rund ein Dutzend Stationen akut von Schließung bedroht sind und um welche Stationen handelt es sich (u.a. Kinderchirurgie)?
 15. Mit welcher Begründung soll eine der vor kurzem in das frisch renovierte Haus Himmelgeist umgezogenen Stationen für Orthopädie geschlossen werden?
 16. Wie hat sich die Bettenzahl in den verschiedenen Abteilungen der Universitätskliniken in den letzten fünf Jahren entwickelt?
 17. Ist der Vorwurf zutreffend, daß Personalmangel in der Anästhesie eine Parallelbetreuung von Patienten in verschiedenen OP-Sälen zur Folge hat?
 18. Trifft es zu, daß sich die Liegezeiten von Patienten verlängern, weil wegen Personalmangels Operationen abgesagt oder verschoben werden mußten?
 19. Stimmt es, daß die Ausgaben für den medizinischen Sachbedarf den Haushaltsansatz um 10 Mio. DM überschreiten und welche Gründe sind dafür maßgeblich?
 20. Trifft es zu, daß die Ausgaben für den Laborbereich nach Berechnungen des Wissenschaftsministeriums um 10 Mio. DM über denen vergleichbarer Universitätskliniken wie Münster oder Köln liegen?
 21. Trifft es zu, daß die Krankenkassen die Leistungen von Spezialambulanzen in den Ambulanzen der Universitätskliniken nicht kostendeckend vergüten?
 22. Wie haben sich die Jahresergebnisse der Universitätskliniken Düsseldorf in den vergangenen 15 Jahren entwickelt?
 23. Wie war die Finanzverantwortung in den Universitätskliniken Düsseldorf in den vergangenen 10 Jahren strukturiert und wie hat sie sich bewährt?
 24. Wie haben sich die Personalausfallzeiten an den Universitätskliniken Düsseldorf in den vergangenen 10 Jahren entwickelt?
 25. Wie haben sich die Reparaturkosten an den Universitätskliniken Düsseldorf in

den vergangenen 10 Jahren entwickelt?

26. Zu welchen Konsequenzen hat die Einbindung des Hamburger Instituts für Funktionsanalyse im Gesundheitswesen und die Beratung der Verwaltungsleitung und des engeren Klinikvorstandes durch dessen Chef, Herrn Christian Lohfert, seit dem 1.05.1998 geführt und konnte dadurch insbesondere die Defiziterwartung für 1998 reduziert werden?
27. Trifft es zu, daß aufgrund einer internen Entscheidung des Klinikvorstandes bereits im Mai 1997 eine Stellenbesetzungssperre verhängt wurde und wie war diese gestaltet?
28. Drohen auch an den anderen Universitätskliniken des Landes vergleichbare Defizite wie an den Universitätskliniken Düsseldorf?
29. Wodurch unterscheidet sich die Situation der Universitätskliniken Düsseldorf von der Situation anderer Universitätskliniken?
30. Sind Zusammenhänge zwischen der jetzigen Finanzmisere der Universitätskliniken Düsseldorf und dem dort angewandten EDV-Konzept zu erkennen?
31. Wann sind nach Einschätzung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung an den Universitätskliniken Düsseldorf schwarze Zahlen zu erwarten?
32. Wie stark sind die Mängel im vorbeugenden Brandschutz im Vorklinik-Hochhaus der Universitätskliniken Düsseldorf?
33. Welches Konzept befürwortet das Ministerium, um die Mängel im Brandschutz im Vorklinik-Hochhaus zu beheben?
34. Wie hoch schätzt das Ministerium die Kosten für die letzten fünf Jahre ein, die durch einen Zentraleinkauf von Geräten und Medikamenten eingespart worden wären?
35. Wie hoch schätzt das Ministerium die Kosten für die letzten fünf Jahre ein, die durch den Einsatz moderner Computersysteme eingespart worden wären?